

Betreff: Re: Waffenlieferungen an Saudi Arabien  
Datum: Mon, 14 Nov 2022 12:25:08 +0100  
Von: Grünes Dialogteam <dialog@gruene.de>  
An: carlox@web.de

Sehr geehrter Herr Barner,

vielen Dank für die E-Mail an unsere Parteivorsitzende Ricarda Lang.  
Da unsere Vorsitzende terminlich stark eingebunden ist, hat sie mich darum gebeten Ihnen zu antworten.

Wir GRÜNE arbeiten zur Zeit in der Koalition an einem Rüstungsexportkontrollgesetz, das klare und strenge Kriterien entlang des gemeinsamen Standpunktes der EU für Genehmigungen verbindlich festschreiben wird.

Damit werden wir restriktivere Regelungen für Rüstungsexporte auf den Weg bringen, wie es auch im Koalitionsvertrag vereinbart worden ist.

Gerade nach alle den Jahren des maßlosen Drangs der Koalition aus Union und SPD mit Genehmigungen in Rekordhöhe ist es notwendig, eine neue und restriktive Rüstungsexportpolitik umzusetzen.

Den Entscheidungen des Bundessicherheitsrats geht oft ein Genehmigungsverfahren voraus, das nicht alleine durch die jetzige Bundesregierung beschieden wurde.

Die zuletzt diskutierten Entscheidungen des Bundessicherheitsrats haben einen vergleichsweise geringen Umfang.

Wichtig ist uns, dass beispielsweise keine der erteilten Genehmigungen für die Türkei bestimmt sind.

Rüstungsexporte an Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sind aus unserer Sicht weiterhin kritikwürdig.

Die Menschenrechtslage in Saudi-Arabien bleibt trotz einzelner Fortschritte in vielen Bereichen sehr schlecht und auch in den VAE gibt es hier große Probleme.

Beide Staaten sind direkt (Saudi-Arabien) oder mindestens indirekt (VAE) am Jemenkrieg beteiligt.

Auch wenn aktuell eine Waffenruhe herrscht, ist unklar, wie ihre Rolle im Jemen sich in Zukunft entwickeln wird.

Es ist wichtig zu betonen: es bleibt bei einem Rüstungsexportstopp Deutschlands nach Saudi-Arabien.

Bei den erteilten Genehmigungen geht es nicht um direkte deutsche Exporte in diese Länder, sondern um Lieferungen europäischer Partnerstaaten, die aufgrund von einzelnen deutschen Bauteilen von der Bundesregierung zu genehmigen sind.

Deutschland ist an solchen Stellen Teil von langjährigen Gemeinschaftsprojekten im Verteidigungsbereich mit unseren engsten europäischen Partnern (in diesem Fall Spanien, Italien, Großbritannien).

Diese Projekte von Partnerstaaten werden in der derzeitigen schweren Sicherheitskrise nicht blockiert.

Die Forderung der Verteidigungsministerin, zukünftig die restriktiven Regelungen bei Gemeinschaftslieferungen zu lockern, lehnen wir ab.

Wie im Koalitionsvertrag vereinbart, darf es Ausnahmen für Lieferungen an Drittstaaten nur im begründeten Einzelfall geben.

Dabei muss es bleiben.

Ich hoffe, ich konnte Ihr Anliegen zufriedenstellend beantworten.

Mit freundlichen Grüßen

Hans-Christian Mrowietz

-----  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Bundesgeschäftsstelle  
Abteilung digitale Kommunikation  
Platz vor dem Neuen Tor 1  
10115 Berlin

T: 030-28442-0

E: [dialog@gruene.de](mailto:dialog@gruene.de)

I: <http://www.gruene.de/>

Für Umwelt, Gerechtigkeit und Zusammenhalt eintreten - Jetzt grünes Mitglied werden:

[www.gruene.de/mitglied-werden](http://www.gruene.de/mitglied-werden)

Betreff: Re: Waffenlieferungen an Saudi Arabien  
Datum: Fri, 18 Nov 2022 17:15:50 +0100  
Von: Carl-Heinz Barner <carlox@web.de>  
An: Grünes Dialogteam <dialog@gruene.de>

Sehr geehrtes Grünes Dialogteam,

1)

Leider haben Sie meine konkret gestellten Fragen nicht konkret beantwortet. Sie sind insbesondere nicht auf das inkonsistente Verhalten von Frau Baerbock eingegangen.

Z.B, (siehe meine letzte email):

"Das bedeutet klar: Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisenregionen kann es nicht geben und auch ein gemeinsames Flugzeug, was man entwickelt, da kann nicht das oberste Gebot sein, ob die Rüstungsindustrie damit genug Geld macht, sondern das oberste Gebot in Europa sind die Menschenrechte und da muss man sich auch beim Export dran halten."

Ich bitte daher nochmals um eine Beantwortung meiner Fragen.

2)

>

>Bei den erteilten Genehmigungen geht es nicht um direkte deutsche Exporte in  
>diese Länder, sondern um Lieferungen europäischer Partnerstaaten, die  
>aufgrund von einzelnen deutschen Bauteilen von der Bundesregierung zu  
>genehmigen sind.

>Deutschland ist an solchen Stellen Teil von langjährigen

>Gemeinschaftsprojekten im Verteidigungsbereich mit unseren engsten

>europäischen Partnern (in diesem Fall Spanien, Italien, Großbritannien).

>Diese Projekte von Partnerstaaten werden in der derzeitigen schweren

>Sicherheitskrise nicht blockiert.

>

Die Grünen verhindern also nicht den Waffenexport nach Saudi Arabien und sind damit mitverantwortlich, dass mit diesen exportierten Waffen jemenitische Aufständische und Zivilistinnen erschossen werden.

Frage\_1:

Sind den Grünen damit "diese Projekte der Partnerstaaten" wichtiger als das Leben jemenitische Aufständischer und Zivilistinnen ?

3)

Die Grünen lehnen also Waffenexporte nicht generell ab (z.B. Waffenlieferungen an die durch einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg überfallene Ukraine, Waffenlieferungen nach Saudi Arabien - zumindest eine Mitverantwortlichkeit).

Wie Sie wissen, überfällt die türkische Regierung - völkerrechtswidriger Angriffskrieg - wieder Rojava (Drohnenangriffe).

Frage\_2:

a) Stimmen Sie einer Waffenlieferung (auch schwere Waffen) an die Selbstverteidigungseinheiten der YPG zu ?

Wenn nein, warum ?

b) Verlangen Sie von der Bundesregierung eine klare Verurteilung (mit Sanktionen!) des offen neuen Überfalls der Türkei auf die Demokratische Föderation Nordsyrien (Rojava)?

Wenn nein, warum ?

Frage\_3:

- a) Wie passt damit (man beachte das lange Schweigen von Außenministerin Annalena Baerbock zu Ankaras Krieg gegen Rojava und die zahme Kritik - im Vergleich mit der Ukraine - am 29.7.22 in der Türkei) der ethisch, moralische Anspruch und die angeblich "wertegeleitete" deutschen Außenpolitik zusammen?  
b) Ist das nicht inkonsistent?

<Beginn Information>

Ihnen ist sicher bekannt, dass der türkische Staat seit dem 20. Januar 2018 mit Hilfe islamistischer Terrorbanden (die in Europa und auch in Deutschland Massaker veranstalten), einen Angriffskrieg gegen Afrin führt und der Ex Außenminister Gabriel durch Waffenlieferungen diesen Krieg mitorganisiert hat.

Siehe dazu:

<Zitatbeginn>

<http://www.tagesschau.de/ausland/afrin-ruestungsexporte-101.html>

Insgesamt genehmigte die Bundesregierung seit dem 20. Januar 2018, dem Beginn der türkischen Militäroffensive "Olivenzweig" gegen kurdische Milizen in der nordwestsyrischen Region Afrin, neue Rüstungslieferungen in Höhe von knapp 4,4 Millionen Euro. Im Zeitraum direkt davor - vom 18. Dezember 2017 bis zum 24. Januar 2018 - betrug der Genehmigungswert fast zehn Millionen Euro.

<Zitatende>

<Zitatbeginn>

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2018-03/tuerkei-waffenlieferung-deutschland-nato-partner>

Der am Mittwoch (d.h. 14.3.18) ausgeschiedene Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) hatte noch im Februar versichert, dass seit Beginn der Operation Olivenzweig ein kompletter Exportstopp für die Türkei gelte.

"Wir haben keinerlei Rüstungsgüter geliefert wegen der Auseinandersetzung im Norden Syriens.

Das ist in Deutschland verboten, selbst einem Nato-Partner wie der Türkei Rüstungsgüter zu liefern", sagte er in den ARD-tagesthemen am 16. Februar, dem Tag der Freilassung des Journalisten Deniz Yücel aus türkischer Haft.

Im Januar hatte Gabriel bereits erklärt, die damals geschäftsführende Bundesregierung werde wegen der Offensive in Syrien keine neuen Entscheidungen über Rüstungsexporte in die Türkei mehr fällen, sondern dies dem neuen Kabinett überlassen.

Kurz nach Yücel's Freilassung wurden allerdings Berichte bekannt, denen zufolge offenbar in den Wochen zuvor zahlreiche Genehmigungen erteilt worden waren. Die Berichte bezogen sich auf den Zeitraum vom 18. Dezember 2017 bis zum 24. Januar 2018.

<Zitatende>

<Ende Information>

Frage\_4:

- Wie beurteilen Sie das damalige Verhalten von Ex-AM Gabriel ?  
Wenn Sie es missbilligen: Was hat die grüne Führung dagegen getan?

mfg  
Barner